

Resolution der Personalräteversammlung vom 22. Mai 2014

Wir, die Personalräte, Frauenbeauftragten und Schwerbehindertenvertretungen des bremischen öffentlichen Dienstes sind entsetzt über den mangelnden Respekt, der den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes entgegengebracht wird. Für viele Kolleginnen und Kollegen in unterschiedlichsten Bereichen ist es leider nichts Ungewöhnliches mehr, dass sie von Bürgerinnen und Bürgern beschimpft, teilweise auch bedroht oder gar tätlich angegriffen werden.

Der öffentliche Dienst erledigt seine Arbeit im Auftrag und Interesse der Allgemeinheit nach den Vorgaben demokratisch gewählter Parlamente und Regierungen. Es liegt in der Natur der Sache, dass nicht jede Handlung oder Entscheidung bei der Umsetzung dieses Auftrags die Zustimmung jedes Einzelnen findet. Jede Bürgerin, jeder Bürger, jedes Unternehmen, also jeder, der sich durch die Arbeit des öffentlichen Dienstes belastet oder ungerecht behandelt fühlt, hat umfassende Möglichkeiten, dies rechtlich überprüfen zu lassen. Umso weniger ist es gerechtfertigt, die Beschäftigten persönlich anzugreifen.

Vor diesem Hintergrund finden wir es völlig unakzeptabel, wenn – wie im Kurier am Sonntag vom 18. Mai 2014 – Beschäftigte des öffentlichen Dienstes verächtlich gemacht werden, statt Probleme sachlich anzusprechen. Dies leistet in der Öffentlichkeit der Haltung Vorschub, öffentlich Bedienstete seien quasi Prügelnaben für unzufriedene Bürgerinnen und Bürger.

Wir erwarten – auch von den Medien –, dass mit den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes fair umgegangen wird!